

Kontes betonte und als zu verfolgendes Ziel in den Vordergrund stellte, ist abgetan. Die Parteien der Rechten sind wieder triumphiert, die Herren Gallaux und Clémenceau haben triumphiert und ihre Sache für Versailles genommen. Der Traum Herrn Poincaré, alle autoritativen Elemente in einer großen Partei zusammenzuschließen, ist an dem Widerstand der Radikalen gescheitert, aber auch der Versuch, dem Amt des Präsidenten eine neue, beherrschende Stellung zu geben und gewissermaßen vom Clémenceau die innere Politik Frankreichs zu leiten, ist mißglückt. Herr Poincaré hat sich den alten parlamentarischen Gepflogenheiten beugen müssen und muß heute mit seinen alten Gegnern Frieden schließen. Das ist hart und tragisch zugleich. Der Kabinettwechsel hat erwiesen, daß ohne die radikale Partei leider zurzeit ein Regieren in Frankreich unmöglich ist und daß eine Zusammenfassung aller Republikaner in der Praxis sich als unmöglich erweist, eine leere Redensart bleiben muß, solange der republikanische Gemeinseins so wenig ausgeprägt ist wie unter der Herrschaft der Herren Gallaux und Clémenceau.

Drahtmeldungen

vom 9. Dezember.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Erste Lesung des Etats.

Berlin. (Priv. Tel.) Bei Eintritt in die erste Lesung des Etats ergriff zuerst

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg

das Wort:

Die Vorgänge auf dem Balkan haben auch während der letzten Monate die deutsche auswärtige Politik so stark beschäftigt, daß ich mich verpflichtet fühle, mich gleich am Anfang darüber auszusprechen. Zwischen meinen letzten Auslassungen über die Orientlage in diesem Hause und dem, was ich heute sagen möchte, liegen

Der zweite Balkankrieg.

der Vertrag von Bukarest und der Friedensschluß der Türkei mit ihren Gegnern im ersten Feldzug. Damit sind die Ereignisse aus dem Zustand der akuten Konflikte herausgetreten, wiewohl die Folgen der weltgeschichtlichen Umwälzung, deren Zeugen wir waren, selbstverständlich noch nicht abgeschlossen sind. Die Festlegung der albanischen Grenzen im Norden und Süden, die zeitweilige Schwereisenfeste bereitete, die zum Abschluß entgegenzugen. Eine Frage, die unsere speziellen Interessen besonders nahe berührt, ist die Infolge der Herabsetzung eines Teiles der europäischen Türkei notwendige Neuordnung der türkischen Staatsverhältnisse. Die zu diesem Zweck in diesem Sommer in Paris zusammengetretene Konferenz hat sich beim Ausbruch des zweiten Balkankrieges verabschiedet. Wir sind bemüht, in der Zeit bis zum Wiederzusammentritt dieser Konferenz durch Benehmen mit anderen Großmächten in letzter Zeit, insbesondere auch mit Frankreich, die Grundlage für die demnächstige Lösung der Frage vorzubereiten.

Das Schicksal der Agäischen Inseln ist, wie bekannt, noch nicht endgültig entschieden. Mutmaßungen darüber, wie die Entscheidung ausfallen wird, kann ich nicht anstellen, da die Entscheidung der Gesamtheit der Mächte anhängt. Ich glaube aber, der Erwartung Ausdruck geben zu können, daß sich auch hier ein befriedigender Ausweg finden wird. In allen Phasen der Balkankonflikte, die die Großmächte angehen, haben diese, auch wenn ihre Interessen nicht immer übereinstimmen, sich nicht doch so sehr zusammengehalten, daß sie auch die noch ausstehenden Schwierigkeiten zu überwinden wissen werden; denn das Einverständnis der Großmächte in der Erkenntnis, daß die ruhige Weltlage unter den europäischen Mächten durch die Neuordnung der Balkanverhältnisse nicht gefährdet werden dürfte, ist während der monatelangen mühseligen Arbeit, die geleistet werden mußte, seitdem der erste Konventionsschritt auf dem Balkan abgelehnt wurde, nicht gemindert, sondern verstärkt worden. Das Verdienst daran haben alle Großmächte gemeinsam, und eine spätere Zeit wird vielleicht noch einmal der anfangs vielfach scharf kritisierten

Londoner Konferenz

Dank dafür wissen, daß sie die solidarischen Interessen Europas erkannt und zusammengehalten hat. Wir werden uns auch ferner an dieser gemeinsamen Arbeit der Mächte in demselben Geiste beteiligen, in dem wir es bisher getan haben. Wir haben dabei die speziellen Interessen unserer Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn und Italien energisch und wirksam unterstützt und haben gleichzeitig im vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit England und, gestützt auf unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland, dem europäischen Konzert unsere Dienste geleistet, eine Arbeit, die uns durch die erfreulicherweise forterhaltenen Beziehungen zu Frankreich erleichtert worden ist. Als der

Bukarester Friede

geschlossen war, gingen die Meinungen darüber auseinander, ob dieser Vertrag durch Europa revidiert werden soll. Wir glauben jedoch, in dem Bukarester Vertrag eine Basis anzuerkennen zu müssen, auf der die langwierigen Aufräumungsarbeiten auf dem Balkan begonnen werden können. Wir haben uns in dieser Erwartung nicht getäuscht. Ihre zu hoch gespannten Hoffnungen für die Zukunft, aber auch ohne Anlaß für Schwarzseherei haben wir verfolgen können, wie seit der Unterzeichnung des Bukarester Vertrages, dem wir nicht zum wenigsten der maßvollen Haltung Rumaniens, der Weisheit seines Herrschers und der klugen Politik seiner Staatsmänner verdanken, die Dinge auf dem Balkan ihrer Reife langsam entgegenreifen. Wohin wir aber gekommen wären, wenn wir, ich meine, die europäischen Großmächte, gegen diesen Vertrag irgend die Revision eingeleitet hätten, das brauche ich nicht erst zu sagen. Der Umstand, daß vielfach im Anfangs Erwägungen darüber angestellt worden sind, ob die Revision des Vertrages zweckmäßig sei, hat vielfach in der Öffentlichkeit die Ansicht erwecken lassen, daß diese Meinungsverschiedenheiten

unsere Bundesverhältnisse

ungünstig beeinflusst hätten. Ich kann diese Annahme mit Entschiedenheit zurückweisen (Beifall), und dabei Bezug nehmen auf die Erklärungen, die der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, in den Delegationen gegeben hat. Unser Bundesverhältnis ist in den großen Lebensinteressen beider Reiche viel zu unerschütterlich begründet, als daß es durch etwaige Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Balkanproblems, an dem Oesterreich-Ungarn sehr interessiert ist, getrübt werden könnte. (Beifall.) Das Zusammenhalten der im Dreibund vereinten Völker hat sich im ganzen Verlauf der Balkankrise so stark bewährt, wie vielleicht nie zuvor, ohne dabei die gemeinsame Mitarbeit der Mächte in Frage zu stellen. In der Frage, wie sich Europa zu der künftigen Entwicklung der Türkei verhalten soll, glaube ich, eine erfreuliche Übereinstimmung unter den Großmächten feststellen zu können. Der Dreibund hat nach dem Abschluß der böhmischen und der tripolitanischen Frage im eigenen Interesse an der Erhaltung und Verhütung des türkischen Reiches gearbeitet. Die Einheitspolitik der Dreibundspoli-

itik in allen hiermit zusammenhängenden Fragen ist bei dem Gedankenaustrausch mit dem italienischen Minister des Auswärtigen, San Giuliano, gelegentlich der deutsch-italienischen Monarchenbegegnung in Triest im Juli d. J. erneut bekräftigt und bei passender Gelegenheit zur Geltung gebracht worden. Auch der englische Premierminister Asquith hat in seiner Rede am 10. November die Wünsche Englands für die asiatische Türkei noch einmal mit Bestimmtheit dahin umschrieben, daß die Sicherung ihres Besitzes auf der Basis innerer Reformen anzustreben sei, ohne Einmischung Europas, aber unter Mitwirkung der an der Entwicklung Kleinasiens interessierten Mächte. Dieses Programm deckt sich mit unseren Anschauungen. Auch aus den Unterredungen, die ich mit dem russischen Ministerpräsidenten Sokolow und mit dem russischen Minister des Auswärtigen Gorkowow gelegentlich der Besuche der beiden Herren in Berlin gehabt habe, konnte ich entnehmen, daß Rußland den Gedanken an territoriale Erwerbungen in Kleinasien von sich weist und seine Bestrebungen in Übereinstimmung mit uns auf eine im eigenen Interesse der Türkei liegende und von dieser selbst grundsätzlich als notwendig anerkannte Besserung der Verhältnisse in Armenien richtete. Endlich habe ich Gelegenheit, aus dem Munde der Dinge entnehmen zu können, daß auch die französische Politik hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Türkei von einem konservativen Grundzug erfüllt ist. Bei dieser allseitig beobachteten Zurückhaltung konnten wir hoffen, daß ein politischer Konflikt bezüglich der Zukunft der Türkei den europäischen Großmächten für absehbare Zeit nicht bevorstehen wird. Es bleibt aber besonders in Kleinasien lebhafter wirtschaftlicher Wettbewerb der einzelnen Länder. Und da beauftragten die großen wirtschaftlichen Interessen, die wir in Kleinasien in Rücksicht auf das Unternehmen der Bagdad-Bahn zu vertreten haben,

unsere besondere Aufmerksamkeit.

Wir haben dem Reichstag bereits in vorigen Sessionsabschnitten im Anschluß an Erklärungen der englischen Regierung davon Mitteilung gemacht, daß wir mit der englischen Regierung Verhandlungen eingeleitet haben, die den Zweck haben, möglichen wirtschaftlichen Reibungen vorzubeugen und das Unternehmen der Bagdadbahn finanziell und politisch ein für allemal sicherzustellen. Wir haben fernerhin in letzter Zeit auch mit der französischen Regierung auf deren Wunsch Besprechungen gepflogen, welche dem gegenseitigen wirtschaftlichen Wettbewerb beider Länder in demselben Gebiet, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse räumlich zusammenstreffen, vorbeugen sollen. Ich will dazu noch bemerken, daß die englischen Verhandlungen ziemlich weit vorgeschritten sind, während sich die französischen noch im Anfangsstadium befinden. Wie gesagt, hat die in so erfreulicher Weise fortschreitende Besserung unseres Verhältnisses zu England uns ermöglicht, im freimütigen Gedankenaustrausch an die Lösung des Bagdadproblems heranzutreten. Zur Verfolgung des Grundgedankens, durch Verständigung über einzelne Fragen des weltwirtschaftlichen und kolonialpolitischen Wettbewerbs zwischen uns und England die Beziehungen beider Länder dauernd in ruhige Bahnen zurückzuführen, die sie einige Zeit lang zu verlassen gedroht haben, haben wir weiterhin mit England Verhandlungen eingeleitet, um der möglichen Entstehung von wirtschaftlichen Gegensätzen in afrikanischen Gebieten vorzubeugen, ohne Beeinträchtigung der Rechte Dritter. Ich will das scharf unterstreichen. Arbeiten wir darauf hin, einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen beider Teile zu finden. Von einseitigen Verzerrungen Deutschlands ist dabei nicht die Rede (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen), auch nicht von Kompensationen, die in Vorderasien für Vorteile in Zentralafrika oder umgekehrt gewährt werden können. (Erneuter Beifall.) Ich muß mich für heute auf diese Andeutungen beschränken, weil die Verhandlungen noch im Gange sind. Ich will hinzufügen, daß ich Grund zu der Annahme habe, es werde das Ergebnis der Verhandlungen, wenn sie in der von beiden Regierungen gewollten Richtung abgeschlossen werden, in Deutschland und in England als eine annehmbare Lösung möglicher Gegensätze begrüßt werden. Ich hoffe, daß alsdann das Vertrauen, das unsere gegenwärtigen Beziehungen zur englischen Regierung kennzeichnen, auch auf diejenigen Kreise in beiden Ländern übergehen wird, die einer Wiederannäherung der beiden kammernahen Völker einzuwirken noch mit einem gewissen Misstrauen gegenüberstehen. Lassen wir das Vergangene ruhen und arbeiten wir zuverlässig auf der Grundlage fort, die die Gegenwart uns bietet. (Erneuter Beifall rechts.) Ich habe, wenn ich hiermit die Besprechung der auswärtigen Politik einzuleiten versucht habe, diejenigen Momente hervorgehoben, welche mir gegenwärtig als die markantesten erscheinen. Da mancher unter Ihnen den Wunsch gehabt haben wird, es möchte über diesen oder jenen Punkt ausführlicher gesprochen werden, so verleihe ich diesem Wunsch und würde ihn gern erfüllen haben, aber ich kann über Angelegenheiten mit internationalen Zusammenhängen, über Fragen der auswärtigen Politik, die noch nicht abgeschlossen sind, nicht so mittelmäßig sein, wie ich möchte, und dann: Unsere Politik liegt klar und offen zutage. Die Wahrung unserer eigenen Interessen und unserer Beziehungen zu unseren Bundesgenossen ist so klar vorgezeichnet, daß ich glaube, wir könnten keinen anderen Weg gehen — und endlich: diese Politik steht im Einklang mit den großen Gesichtspunkten, von denen nach meiner Ueberzeugung unsere auswärtige Politik überhaupt geleitet werden muß. Unsere Lage im Herzen des kontinentalen Europas wird uns allezeit darauf hinweisen, für die unverrückte

Aufrechterhaltung unserer Machtstellung die sämtlichen politischen und moralischen Kräfte der Nation einzusetzen. Nur ein unerschütterlicher Mut kann verhindern, daß Deutschland in den letzten Jahrzehnten an dieser großen Aufgabe mit Erfolg gearbeitet hat. Die Aufgabe bleibt groß und sie bedeutet ein bestimmtes und festes Ziel, auch wenn dieses Ziel nur in stetiger und geduldiger Ausdauer erreicht werden kann. (Beifall rechts, Zischen bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Ja, aber!)

Sozialdemokratische Angriffe auf den Kanzler.

Abg. Scheidemann (Soz.): Der Reichskanzler ist nach allem Vorgesagten nicht mehr der geeignete Mann, die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen (Beifall der Sozialdemokraten). Er sprach von weiten Herrschern und klugen Staatsmännern. Leider spielt sich das alles im Auslande ab. (Weiterer Beifall links.) Ich komme zunächst zur Inventur nach dem Unwetter der vorigen Woche. Persönliche Geschäftigkeit gegen den Kanzler liegt uns fern. Die Verlegung der Truppen von Javern ist eine ungeschickliche und zweideutige Maßnahme und sollte es auch wohl sein. Die lechz Soldaten, die der Presse Mitteilung machten, hat man langst am Schlafittchen, aber Herr Vorländer und Herr v. Deimling laufen noch heute unbehelligt umher. Ein hartes Stück war es, als der Reichskanzler seine Reden mit körperlicher Indisposition entschuldigend ließ. Es ist einfach unfahbar, daß der Reichskanzler zwei Schreiben des Kaisers in der Tasche behielt, ohne sie in einem solchen Augenblick dem Reichstag mitzuteilen. Das erinnert an die Vorgänge vor fünf Jahren mit dem „Daily Telegraph“. Im Falle eines solchen Mißtrauensvotums wie hier wäre überall die Demission selbstverständlich. Das bedingt nicht bloß die Achtung vor dem parlamentarischen Rechte, sondern auch die Selbstachtung der Minister. Es muß der Stolz des Staatsmann gebieten, wenn ihm eine rebellische Mehrheit das Bündel vor die Füße wirft, zu sagen: „Ich gehe“. Aber Herr v. Bethmann scheidet der Festsitz des persönlichen Regiments. Dadurch wird die Autorität der Krone nicht gefährdet. Der Kanzler ist kein

Nieder, aber er wird gefeiert (Weiterer Beifall links). Wir haben die Pflicht, zu erklären: ein Zusammenarbeiten mit Herrn v. Bethmann ist unmöglich (Beifall bei den Sozialdemokraten). Der Reichstag sollte beweisen, daß sein Mißtrauensvotum kein Strohhalm war; daher dürfte kein Abgeordneter, der für das Mißtrauensvotum gestimmt hat, dem Kanzler den Etat bewilligen. Ebenso muß dem Kriegsminister das Gehalt verweigert werden. Er hat das laubere diplomatische Spiel noch unterföhren. Die bürgerlichen Parteien haben vor einer Schicksalsfrage, wir aber treiben die Massen an zum Kampfe für die Rechte des Volkes, und fallen muß, was uns entgegensteht! (Beifall bei den Sozialdemokraten; Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Scheidemann zur Ordnung, weil er erklärt habe, der Kriegsminister habe das laubere diplomatische Spiel noch unterföhren. Lebhafter Unruhe.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Den Abgeordneten Scheidemann muß ich erlauben, durchaus mir selbst die Wahrung meiner eigenen Würde zu überlassen (Beifall). Er hat weiter gesagt, wie ich wohl glauben könnte, im Auslande noch die Autorität zu besitzen, um die auswärtige Politik Deutschlands zu vertreten! Auch die Sorge hierüber muß mir der Vorredner ganz ruhig allein überlassen! (Lebhafter Beifall rechts.) Ich habe das Vertrauen zu dem Auslande, daß es in dieser Beziehung anders denkt als der Abgeordnete Scheidemann; doch das sind nur nebensächliche Punkte. Der Abgeordnete Scheidemann hat sich Mühe gegeben, der Mehrheit des Reichstages klarzumachen, daß nach dem

sogenannten Mißbilligungsvotum

(große Unruhe links, Zurufe bei den Sozialdemokraten: sogenannten!) es die Pflicht der Mehrheit ist, die dieses Votum beschlossen hat, entweder mit mir nicht mehr zu verhandeln oder mich so anzugreifen, daß ich von meinem Platz abtreten möchte. Das ist ein Zustand unserer verfassungsmäßigen Verhältnisse voraus, den wir nicht haben. Was bedeutet denn der sogenannte Antrag, der an Interpellationen geknüpft wird? Als er vor 1 1/2 Jahren hier vom Reichstage beschlossen wurde, da waren sich alle Parteien darüber einig, daß dieser Antrag lediglich bezwecken sollte, dem Reichstag selbst die Feststellung zu erleichtern, wie die Mehrheit über den in der Interpellation verhandelten Gegenstand denkt. (Lachen links.) Es ist aus Reichstagskreisen damals behauptet worden, daß bei der früheren Behandlung der Interpellationen der Reichstag selbst häufig nicht gewußt habe, was aus der ganzen Sache geworden war, die ich aus dem Munde des Staatssekretärs des Innern über die beabsichtigte Aenderung der Geschäftsordnung habe abgeben lassen, daß die ganze Sache vollkommen gegenstandslos ist und daß der Reichstag damit keine Weiterverfolgung vornehme. Das hat damals Herr Ledebour gesagt, und Dr. David hat gesagt: Was ist hier Neues geschaffen? Eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist es, daß solche Anträge zulässig sein sollen. Das ist das einzige Neue, was geschaffen werden soll, sonst nichts. Es handelt sich nur um ein ruhigeres und zweckmäßigeres Verfahren, um eine Meinungsäußerung des Reichstages zu irgendeiner Frage der inneren oder äußeren Politik zu bewirken. Ich führe noch einen Schlußsatz von Herrn Ledebour an, wonach in den sehr langen und ausführlichen Verhandlungen in der Kommission von allen Seiten ausdrücklich festgestellt wurde, daß niemand eine derartige Maßnahme zur Erweiterung des Reichstages beabsichtige. (Hört! Hört!) Nun verhalten Sie einmal damit die Stellung, die heute Herr Scheidemann eingenommen hat. Das ganze Dasein ist damals der Ansicht gewesen, daß es sich um eine innere Angelegenheit des Reichstages handelt, und heute soll nun mit einem Male durch den Antrag, der an die Interpellation geknüpft ist, ein Druck ausgeübt werden entweder auf die Entscheidung des Kaisers oder auf die Entscheidung des Reichskanzlers! Das ist eine Umkehrung unserer verfassungsmäßigen Zustände. (Sehr richtig! rechts.) Das bedeutet die Aufriktion der

Herrschaft des Parlamentes.

(Beifall rechts.) Herr Scheidemann hat auf die französischen Zustände Bezug genommen. Das weiß doch aber jedes Kind, daß die verfassungsmäßigen Verhältnisse in England und Frankreich von den unrigen ganz verschieden sind. Ich weiß sehr wohl, daß manche auf diese Verhältnisse hinwirken. Ich möchte mich aber mit aller Kraft dem entgegensetzen. (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe links.) Nach der Reichsverfassung steht dem Kaiser die Ernennung und die Entlassung des Reichskanzlers in unvollkommen freier Entscheidung, und es ist verfassungsmäßig, darauf einen Druck ausüben zu wollen. (Beifall rechts.) Wegen des Beschlusses vom vorigen Mittwoch habe ich meine Demission nicht eingereicht. (Beifall rechts, lebhaftes Hört! links.) Wegen dieses Beschlusses werde ich auch meine Demission nicht einreichen. (Beifall rechts, lebhaftes Unruhe links.) Ich will die Bedeutung des Antrages bei Interpellationen nicht einschränken, aber ich will diese Bedeutung auf ihren richtigen Wert zurückführen. Mit diesem Antrag wird doch nur festgestellt, daß die Behandlung des Interpellationsgegenstandes durch den Reichskanzler mit den Anschauungen des Reichstages nicht übereinstimmt. Derartige Meinungsverschiedenheiten haben wir doch vielfach. Sie gehören doch geradezu zum Bestandteile des politischen Lebens. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Derartige Meinungsverschiedenheiten treten doch viel scharfer hervor, wenn ein wichtiges Gesetz von Ihnen abgelehnt wird. Nun hat Herr Scheidemann das Haus aufgerufen, durch Verweigerung des Etats solle es mit seinem Beschluß Geltung verschaffen. Ich will keine Mutmaßungen aussprechen, wie sich die Mehrzahl des Hauses verhalten wird, ich werde die weitere Entwicklung ruhig abwarten. (Lachen links.) Das möchte ich aber noch einmal mit aller Schärfe betonen: Ich werde jedem Versuch, die in der Verfassung festgelegten Rechte des Kaisers einzuschränken, entschieden Widerstand entgegenzusetzen. (Beifall rechts, Lachen der Sozialdemokraten.) Sie werden bei solchen Versuchen auf einen ganz unbesonnenen Widerstand stoßen. Auch das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit wird nicht wollen, daß die kaiserliche Gewalt unter sozialdemokratischen Zwang gestellt wird. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Wir bewilligen keinen Etat einem Reichskanzler oder Kriegsminister, sondern wir arbeiten im Interesse des Reiches und des Volkes. Redner bezieht sich auf das Zahlenmaterial des Etats und geht auf die Vorgänge in Javern ein. Die Verlegung des Regiments trifft die Gemeinde härter, als die Schuldigen. Redner billigte die Ausführungen des Reichskanzlers über die Balkanpolitik, gab seiner Freude Ausdruck über die Festigung der Bundesbeziehungen mit Oesterreich-Ungarn und Italien, aber die Besserung des Verhältnisses zu England, aber die Regelung der Dinge in Bayern und Braunschweig. Weiterer Vordruck bedürfte das Dankwerk. Zu beklagen sei die verschiedenartige Handhabung des Jesuitengesetzes.

Abg. Baffermann (nl.): Der Dreibund hat in den Balkanwirren seine Feuerprobe bestanden. Allseitig wird die deutsche Bundesstreue anerkannt. Die erfreuliche Besserung der Beziehungen zu Rußland liegt in dem Rahmen der alten Bismarckschen Politik, ebenso ist die Besserung unseres Verhältnisses zu England zu begrüßen. Die Notwendigkeit unserer Rüstungen hat sich aus der Veröffentlichung der